

An das Mediensystem als ursprünglich gesellschaftliche Institution wird im Rahmen ihrer Informationsfunktion die Anforderung an eine Realitätsabbildung gestellt. Allerdings spiegelt die Systemstruktur die Sozialstruktur wieder, dementsprechend sind nicht nur die Medieninhalte realitätsabbildend, sondern die Gesamtheit ihrer Entstehungsbedingungen ist es ebenso. Folglich sind die Fragen nach der Entwicklung des Mediensystems und der Gesellschaftsordnung interdependent, wodurch letzere in erste eingebettet werden kann. Diversifikation, Digitalisierung und Individualisierung bilden die Hauptachsen momentaner gesellschaftlicher Entwicklung, und es erscheint nicht abwägig, Zukunftprognosen vor dem Hintergrund ebendieser Tatbestände zu treffen.

Latzer (1999, S. 32)¹ erwägt im Zusammenhang mit der fortschreitenden technischen Konvergenz die Synchronisierung staatlicher Regulierungskonzepte in den Bereichen Tele- und Massenkommunikation, was zwangsweise auf eine Einengung interpersonaler Kommunikationsfreiheit zugunsten einer hypothetischen Eliminierung medienregulativer Problemfragen hinauslaufen würde. Dabei ist gerade die Privatsphäre und Diskretion, durch die Kommunikation auf der Mikroebene gekennzeichnet ist, eine grundlegende Errungenschaft von Demokratisierungsbestrebungen. Infolgedessen, und da sich die Umsetzung und Aufrechterhaltung von Regulierungsmaßnahmen zunehmend schwerer gestaltet, ist eine deregulative Tendenz in den Bereichen des (zumindest privaten) Mediensystems abzusehen. Staatliche Regulierungsmaßnahmen werden faktisch immer belangloser, da sich die Regeln der massenmedial konstituierten Öffentlichkeit zunehmend nationaler Jurisdiktionen entziehen. Das impliziert jedoch nicht, dass sich (national)-staatliche Gesetze als obsolet herausstellen werden, der Staat sollte lediglich sein schwindendes Einflussvermögen anerkennen. Welche Rolle sollte dem Staat also als medienregulierende und zugleich medienschaffende (indirekt im Sinne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks) Instanz zufallen? Die im Funktionsauftrag postulierten Maximen sind vorwiegend teleologischer Natur, was den Rundfunkanstalten weitestgehende Programmautonomie zubilligt. Laut Hain (2012, S. 30)² ist „[d]as Funktionserforderliche (...) das Verhältnismäßige (...)“, und dessen Erörterung bedingt wiederum einen permanenten Gegenwartsbezug (vgl. ebd., S. 30). Allerdings wirkt die derzeitige

¹ Latzer, M., Maier-Rabler, U., Siebert, G., Steinmaurer, T. (Hrsg.) (1999). *Die Zukunft der Kommunikation. Phänomene und Trends in der Informationsgesellschaft*. Wien: StudienVerlag.

² Becker, J., Weber, P. (Hrsg.) (2012). Funktionsauftrag, Finanzierung, Strukturen – Zur Situation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland. *Schriftenreihe des Archivs für Urheber- und Medienrecht*, 265, 23-56.

Programmausgestaltung im öffentlich-rechtlichen Bereich (ganz zu schweigen von dem privaten Sektor) in Zeiten gesellschaftlicher Disparität(en) wie eine Verschmähung momentaner nationaler wie auch globaler Problemlagen. Die Aufrechterhaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist indiskutabel, allerdings sind striktere Vorgaben an die Programmausgestaltung in Erwägung zu ziehen, und damit ist in erster Linie die Exklusion oder zumindest starke Einschränkung von Unterhaltungsinhalten gemeint, die heutzutage bestenfalls noch dem Anspruch eines Rentnerpublikums genügen. Stattdessen sollte man sich über die Ausweitung derjenigen Formate Gedanken machen, die die zwischenbürgerliche Interaktion fördern (z.B. Talk-Shows) und jedem Gesellschaftssegment Artikulationsmöglichkeiten bieten, eine Integrationsleistung vollbringen³ oder allgemeinbildenden Charakter haben. Das Ziel sollte im Allgemeinen darin bestehen, im Rahmen der Informationsfunktion gesellschaftsrelevante Inhalte mit den höchsten publizistischen Standards zur Verfügung zu stellen, dementsprechend solche, auf die die Bürger vertrauen können und die diesen hinsichtlich ihrer Partizipation im politischen Prozess einen Mehrwert generieren (zur Operationalisierung dieses Mehrwerts: siehe z.B. Public Value). Dass publizistische Standards zwar eine realtiv solide normative Fundierung haben, ihre Umsetzung jedoch meistens zwiespältig aufgenommen wird, liegt wiederum an der mangelnden Präzision der Begrifflichkeiten, mit der epistemologische Debatten geführt werden (beispielsweise die Objektivitätsdebatte im Journalismus).

Daran lässt sich die Frage nach der zukünftigen Stellung des Journalismus und der Journalistenausbildung anschließen. Fakt ist, dass das Differenzierungsmerkmal von journalistischer und rein publizistischer Betätigung nicht mehr in der Betätigung an sich liegt – denn jeder kann heutzutage Journalismus betreiben - sondern bestenfalls noch in der Qualität und Reichweite.⁴ Dank des Internets sind die Infrastrukturen und Distributionskanälen für journalistische Publikationen für jeden frei zugänglich. Die Auffassung von Journalismus wandelt sich mit dem Faktum. Das Niveau der Journalistenausbildung kann meiner Ansicht nach nicht angeprangert werden – die Artikel in diversen Qualitätszeitungen legen Rechenschaft darüber ab, dass es soetwas wie „guten“ Journalismus gibt, und auch die Ausbildungsprogramme erscheinen weitestgehend durchdacht und auf die heutigen Anforderungen zugeschnitten. Alexandra Borhardt's Auffassung nach ist im Rahmen

³ Als Beispiel seien Wissenssendungen angeführt, die Migranten den neuen kulturellen Kontext, in dem sie sich wiederfinden, näherbringen, um einen Adaptionprozess zu gewährleisten.

⁴ "Journalism is the socially valued and structured work of crafting and distributing socially significant news and discussion." (Vos, T. (Ed.) (2018). *Journalism*. Berlin, Boston: De Gruyter Mouton). Diese Definition nimmt von der tradierten Sichtweise von Journalismus als reglementierter Institution Abstand. Sie erscheint mir für die heutige Zeit zwar angemessener, ihr liegt allerdings eine vergleichsweise positivistische Sicht zugrunde, da sie die Qualitätsanforderungen an journalistische Publikationen weitestgehend außer Acht lässt.

gegenwärtiger Ausbildungskonzepte fundamental, dass Journalisten „(...) neue und traditionelle Fähigkeiten gleichermaßen trainieren“ und vor dem Gebrauch innovativer Technologien, wie Virtual Reality, nicht zurückschrecken.⁵ Dass die Berufssituation dennoch prekär ist, liegt nicht zuletzt daran, dass sich Qualitätsjournalismus sukzessive zu einem meritorischem Gut entwickelt, weswegen den Printmedien die Finanzierungsgrundlage abhanden kommt. Die Folge ist die Vernachlässigung journalistischer Standards zugunsten einer Priorisierung der Konsumenteninteressen, woraus sich Phänomene wie der Sensationalismus ergründen lassen. Die Nachrichtenwerte sind einem Wertewandel unterzogen, und die Typologie hat sich weniger verändert als die Gewichtung sich verlagert hat. Dies wird sicherlich auch die Expansion des automatisierten Journalismus begünstigen, wengleich hierfür noch weitere Erkenntnisse aus den Bereichen Linguistik, Semiotik und Informatik, insbesondere der künstlichen Intelligenz und des Maschinlernens vonnöten sind. In Betracht zu ziehen ist demzufolge eine Subventionierung des Journalismus, insofern sich die Publikationen in einem für den Funktionsauftrag zweckdienlichen Rahmen verorten lassen. Die Autonomie des Mediensystems muss aufrecht erhalten, und demzufolge sind vertikale Integrationen, wie der Kauf der Washington Post durch Jeff Bezos, äußerst kritisch zu sehen. Staatliche Interventionen sind legitim, insoweit sie einer Machtakkumulation zuwiderstreben, die gesellschaftliche Institutionen betrifft.

Eine Konsequenz des soziodemografischen Wandels ist die Notwendigkeit, jeder Bevölkerungsgruppe (vorerst unabhängig davon, welche Gruppierungskriterien herangezogen werden) die für sie relevanten Informationen auf verständliche Art zur Verfügung zu stellen. Zumindest vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk kann man bei einigen Formaten ein Mindestmaß an Entgegenkommen erwarten; das heißt beispielsweise, fremdsprachige Untertitel zur Verfügung zu stellen oder mehr nachrichtenbezogenes Sachwissen anzubieten (man bedenke, dass das Ausbildungsniveau der Seherschaft ebenso heterogen ist wie diese selbst). Zur Nivellierung oder Eindämmung vorhandener und zukünftig absehbarer Wissensklüfte muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Dienst an der Gemeinschaft diese ganzheitlich erfassen und den Gesellschaftswandel mitberücksichtigen. Basal für die Integration marginaler Gruppen bleibt jedoch weiterhin „(...) die Inklusion in das Erziehungssystem (...)“ (Thomas & Wischermann, S. 26).⁶ Auf der anderen Seite sehe ich auch

⁵ Borchardt, A. (2017, 26 Juni). Mit Technologie zu neuer publizistischer Qualität. *Süddeutsche Zeitung*. Abgerufen von <https://www.sueddeutsche.de/medien/zukunft-des-journalismus-mit-technologie-zu-neuer-publizistischer-qualitaet-1.3559683>.

⁶ Thomas, T., Wischermann, U. (Hrsg.) (2008). *Medien – Diversität – Ungleichheit. Zur medialen Konstruktion sozialer Differenzen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

die jeweiligen Gesellschaftsgruppen, insbesondere diejenigen, die in struktureller⁷ wie auch thematischer Hinsicht unterrepräsentiert sind, in der Pflicht, sich in den öffentlich-politischen Diskurs zu integrieren, beispielsweise durch die Etablierung eigener Nachrichten- oder Zeitungsformate, wie das zuweilen bereits beobachtbar ist. Hierbei könnte der Staat bestimmte Obligationen, wie die Akquirierung von Rundfunklizenzen, erleichtern.

Ein wesentliche Konsequenz des allmählichen Konsens über die Wirkungsmacht und den gewaltigen Stellenwert der Medien ist die Heranbildung einer medienkompetenten Bevölkerung, die mit dem System umzugehen weiß, insbesondere also in der Rolle des Rezipienten auf eine adäquate Informationsverarbeitung hin geschult ist. Da jeder Bürger Rezipient ist, ist die Forderung nach einem Unterrichtsfach, das sich im weitesten Sinne mit Medienbildung befasst, naheliegend. Als Ansatzpunkt könnte die Dimensionierung von Baake herangezogen werden, die Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung unter den Begriff Medienkompetenz subsumiert.⁸

Schlussendlich muss auch der Rezipient ins Blickfeld gerückt werden. Dem Rezipienten wird eine immer gewichtigere Rolle im Kommunikationsprozess zugeschrieben, die durch zunehmende Partizipation und damit im Übergang einer rein passiv-konsumptiven zu einer partizipatorischen und aktiven Instanz gekennzeichnet ist. Da dieser einen erhöhten Einfluss innehat, fällt ihm zugleich auch eine höhere Verantwortung zu, und dieser Sachverhalt muss den Medienkonsumenten ins Bewusstsein gerufen werden. Die bedenkenlose Ausnutzung des durch übergeordnete Instanzen abgesteckten Handlungsspielraumes und die Unwilligkeit (zugegebenermaßen auch die Unfähigkeit), die Auswirkungen der eigenen Aktivitäten zu antizipieren und einzusehen, führt makrosoziologisch zu einem Kollaps. Solange kein (gesamt-)gesellschaftliches Umdenken hinsichtlich des individuellen Medienkonsums stattfindet, wird dieser gesamt betrachtet durch hedonistische Beweggründe motiviert sein. Die Allmacht der Medien und Machtlosigkeit der Rezipienten ist ein Trugschluss, und die zunehmenden Partizipationsmöglichkeiten entkräften diese Vermutung zusätzlich. Vielleicht tut in der gegenwärtigen Situation eine Rückbesinnung auf die kantsche Ideologie not, die jedem Menschen die Pflicht zur Mündigkeit auferlegt. Aus den Prämissen des methodologischen Individualismus lässt sich kein vernünftiger Zukunftsvorschlag ableiten. Regularien können Dystopien keinen Einhalt gebieten, sondern diese lediglich hinauszögern. Ein abschließendes Wort zu der Unterhaltungsindustrie, also derjenigen (in Adornos und Horkheimers

⁷ Dies gab zu den aktuellen Debatten über Quotenregelungen Anlaß, die den bloßen Bereich des Mediensystems transzendieren.

⁸ Dahmberger, T. (2013). „Halbmedienkompetenz?“ – Überlegungen zur kritischen Dimension von Medienkompetenz. *Medienimpulse*, 51(1), 1-17.

Terminologie: Kulturindustrie), die für den Großteil der Medieninhalte verantwortlich ist: Man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dass diese irgendwann aufhören wird, den * zu fabrizieren, aber man darf zumindest die Hoffnung hegen, dass sich die Rezipienten dieser Inhalte zunehmend kompromittiert fühlen dürften.